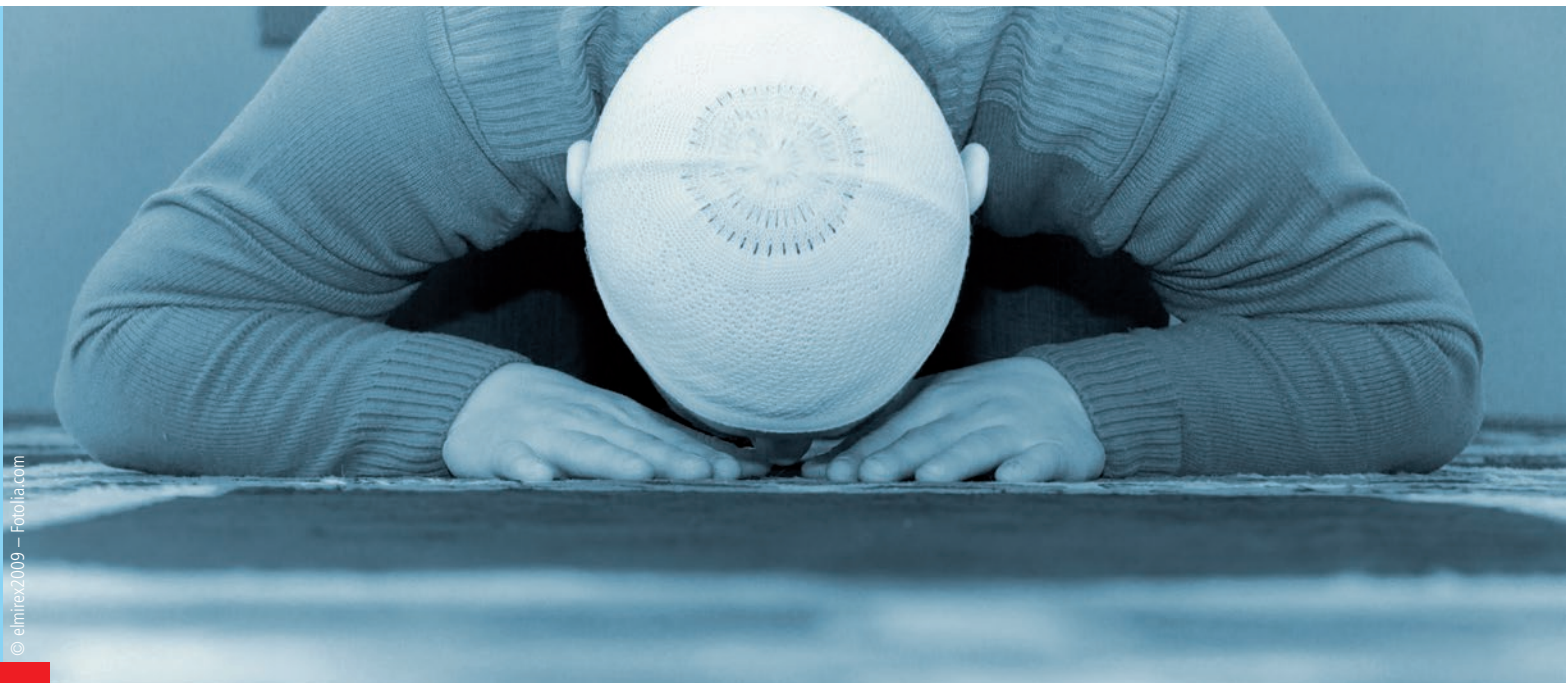




NEWSLETTER 05/2016

FORUM | MIGRATION



© elmir2009 – Fotolia.com

Muslime: Druck zur Anpassung

Nach den Anschlägen in Brüssel habe die Feindseligkeit gegen Muslime eine „neue Qualität“ erreicht, sagt Zekeriya Altuğ, Sprecher des Koordinationsrats der Muslime, dem Dachverband der vier größten islamischen Organisationen in Deutschland. Von Seiten der Politik wie auch auf der Straße und in der Arbeitswelt steige der Druck.

Der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer forderte im April ein Islamgesetz, damit „Deutsch die Sprache der Moscheen“ werde. Die AfD-Spitze nannte den Islam einen „Fremdkörper“ der „nicht zu Deutschland gehört“ und hier „keine Heimat finden“ könne – und in Österreich hat der Publizist Wolfgang Fellner gar ein Verbot des Islam insgesamt verlangt.

Doch nicht nur aus der Politik gibt es Druck auf die Muslime, sagt Altuğ Forum Migration. Im Februar hatte der DGB mit dem Koordinationsrat der Muslime in Deutschland und anderen Organisationen die „Allianz für Weltoffenheit“ ins Leben gerufen. Seither habe sich die Lage verschlechtert. Es gebe nicht nur zunehmende direkte Gewalt gegen als muslimisch wahrgenommene Menschen und islamische Einrichtungen. „Die aktuel-

len Angriffe haben eine neue Qualität. Sorgen macht uns aber auch die Diskriminierung im Alltag“, sagt Altuğ – etwa wenn sich Fahrgäste im Zug wegsetzen, wenn jemand Türkisch oder Arabisch spricht. „Das sind Kleinigkeiten, die man aber registriert, die vor einigen Jahren nicht so waren.“ Altuğ kritisiert die Forderungen „nach Anpassung“, die nun vielfach erhoben würden: „Da geht es oft nicht um Werte oder Gesetze, sondern um Kulturelles.“ Dies betreffe auch Muslime im Beruf. Sein Verband bekomme Beschwerden etwa von Muslimen, die in Apotheken, Banken oder Cafés arbeiten. „Manche Kunden wollen sich nicht mehr von einer Frau mit Kopftuch bedienen lassen.“

Gleichzeitig hat eine Gruppe von Forscher_innen um den österreichischen Politologen Farid Hafez einen Bericht zu Islamfeindlichkeit in 25 europäischen Ländern vorgelegt. Übergriffe gegen Muslime seien nach den Charlie Hebdo-Anschlägen 2015 in Paris extrem angestiegen, heißt es darin. „Islamophobie ist einer der starken Impulse bei der Radikalisierung junger Muslime in Europa“, so die Forscher_innen.



Die „Allianz für Weltoffenheit“: <http://bit.ly/1TUWrYs>
 Islamophobie in Europa: <http://bit.ly/1VtHJX>

INHALT 05/2016

Muslime: Druck zur Anpassung	1
„Für uns bedeutet das Sicherheit“	2
Zu spät, zu lang, zu kompliziert	2
Podcasts zur Anerkennungskultur	2
In eigener Sache	2
ver.di: Lohnplus wegen Flüchtlingen	3
Modell PUMA: Einwanderung nach Punkten	3
EU-Bürger_innen: Mobilität ist oft prekär	3
Wer verdient Asyl?	3
News + Termine	4
Solidarität, kein Paternalismus – von Sunny Omwonye, The Voice Refugee Forum	5



Porträt Anerkennung: Horst Busch Elektrotechnik Hamburg

„Für uns bedeutet das Sicherheit“

Zwingend notwendig war es nicht, sagt Michael Gantenberg Forum Migration: „Ausgebildete Elektriker aus anderen EU-Staaten haben automatisch das Recht, in Deutschland in ihrem Beruf zu arbeiten.“ Und dennoch hat der Prokurist der Horst Busch Elektrotechnik in den letzten Jahren eine ganze Reihe ausländischer Beschäftigter bei der Anerkennung ihres Berufsabschlusses begleitet.

Seit Jahren stellt das mittelständische Unternehmen aus Hamburg Menschen ein, die nicht in Deutschland ausgebildet wurden. Unter ihnen sind Fachkräfte aus Bulgarien, Großbritannien, Polen und Rumänien. Für Gantenberg ist das die logische Konsequenz des Fachkräftemangels. Seit Jahren sinken die Bewerberzahlen im Elektrikerbereich. „Wir haben die Stellen nur regional ausgeschrieben, etwa in der Tageszeitung oder bei der Arbeitsagentur, nicht im Ausland“, sagt Gantenberg. Doch immer öfter melden sich eingewanderte Interessent_innen.

Zwar testet das Unternehmen die Bewerber_innen vor der Einstellung. Doch weil es vor allem für Großkunden arbeitet, besteht das Unternehmen auf der Prüfung der ausländischen Abschlüsse durch die Handwerkskammer. „Für uns ist das eine Sicherheit, dass die Fachkräfte auch wirklich zertifiziert sind. Und so können wir unseren Kunden gegenüber dokumentieren, dass die eingesetzten Techniker auch befähigt sind.“

In fast allen Fällen ging es lediglich um die Anerkennung, von zwei Ausnahmen abgesehen war keine Nachqualifizierung nötig. Eine Ausnahme war ein junger Mann aus Rumänien, der lediglich eine schulische Ausbildung mitgebracht hat. „Der macht jetzt einen sechsmonatigen Kurs, danach bekommt er seinen Gesellenbrief“, sagt Gantenberg. Ein anderer Techniker aus der Türkei hätte eine längere Weiterbildungsmaßnahme machen müssen. „Das wollte er nicht, deshalb hat es leider nicht geklappt mit der Einstellung.“

Das Anerkennungsverfahren selbst beschreibt Gantenberg als unproblematisch: „Die Kollegen bei der Handwerkskammer sagen uns genau, welche Dokumente sie brauchen, den Rest erledigen wir gemeinsam mit unseren Beschäftigten.“ Die Anerkennung eines Techniker-Abschlusses kostete im Schnitt etwa 400 Euro. „Das übernehmen wir.“

Zu spät, zu lang, zu kompliziert

In der „Weinheimer Initiative“ kümmern sich kleine Kommunen schon seit 2007 um die Qualifizierung junger Flüchtlinge. Das Projekt wird für seine fortschrittlichen Ansätze vielfach als Vorbild gelobt. Im März trafen sich in Stuttgart mehr als 100 Expert_innen aus den Kommunen. Die Initiative verabschiedete eine Erklärung mit dem Titel „Sich nicht von den Schwierigkeiten überwältigen lassen!“ Ihr Vorsitzender Heiner Bernhard kritisiert die komplizierten Anerkennungsverfahren.

Die Kommunen der Initiative bezeichnen sich selbst als „bildungsaktiv“: ihnen komme es auf „gelingende Bildungsbiografien für alle“ an. Die Lage aber habe sich im letzten Jahr durch den erhöhten Zuzug Geflüchteter – unter ihnen viele junge Unbegleitete – „dramatisch verändert“. Die Initiative betrifft die Frage der Anerkennung ausländischer Qualifikationen vor allem beim „Übergangsmanagement“ von Schule in den Beruf.

Anerkennung ist für die Kommunen ein „großes Thema“, sagt Heiner Bernhard, der Oberbürgermeister der Stadt Weinheim Forum Migration. Eine Schwierigkeit sei, dass die Verantwortung für die Ankommenenden erst spät auf die kommunale Ebene übertragen werde: „Es gibt da einen gewissen Zeitversatz bei der Frage: Wer kümmert sich darum“, sagt Bernhard.

Zuerst würden die Menschen in den Unterbringungseinrichtungen des Landes untergebracht, viele würden anschließend lange in den Einrichtungen der Landkreise verweilen. „Gerade kreisangehörige Gemeinden bekommen die Leute erst sehr spät in eigene Zuständigkeit.“ Dies erschwere die frühzeitige Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration.

Die Anerkennung von Qualifikationen, die Migrant_innen mitbringen, nennt Bernhard „ganz generell ein Riesenproblem, weil da die Mühlen sehr langsam mahlen.“ Ihm sei etwa der Fall eines befreundeten Bürgermeisters einer kleinen Gemeinde bekannt, der mit einer Russin verheiratet ist. Diese Frau sei gelernte Lehrerin, ihr in Deutschland geborener Sohn komme nun in die Schule. „Aber sie selbst wartet immer noch auf die Anerkennung zumindest von Teilen ihrer Ausbildung, um eine qualifizierte Tätigkeit aufnehmen zu können – seit zehn Jahren“, sagt Bernhard.

Er habe den Eindruck, dass „das Berufsbildregelwerk schon schwierig ist“. Die Anerkennungsverfahren setzen „sehr spät ein, dauerten zu lang und seien zu kompliziert.“

Bei Flüchtlingen sei es besonders problematisch. Was die Voraussetzungen für den Arbeitsmarkt angehe habe sich „eine gewisse Ernüchterung“ breitgemacht, so die Weinheimer Initiative in einer Erklärung. Es zeige sich eine „Dreiteilung“: Es gebe „gut Vorgebildete“, die eher ein Studium als in eine Ausbildung anstreben. Die „mittlere Gruppe“ habe „gute Chancen auf berufliche Perspektiven, wenn ihre besondere Ausgangslage und die besondere Verletzlichkeit ihrer Motivationen Beachtung finden“.

Und schließlich gebe es jene „ohne formale Bildung“, die „physisch, psychisch oder moralisch besonders angegriffen sind.“ Ausbilder_innen seien gefordert, sich auf die zunehmende Heterogenität der Auszubildenden einzustellen. „Willkommenskultur“ in den Betrieben dürfe „nicht Bestenauslese bedeuten“, sondern „die Verwirklichung gleichwertiger Chancen für alle jungen Leute, die zu uns kommen.“

 Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative:
www.kommunale-koordinierung.de

Podcasts zur Anerkennungskultur

Wie kann Berufsanerkennung in der Arbeitswelt gestärkt werden? Drei neue Audiobeiträge stehen jetzt auf unserer Webseite bereit: Auf einer Tagung des DGB Bildungswerk im Oktober haben Expert_innen,

Interessierte und Betroffene über betriebliche und gewerkschaftliche Positionen diskutiert.

 <http://bit.ly/1SHtivo>

In eigener Sache

Vor zwei Monaten haben wir im Newsletter eine neue Rubrik auf dieser Seite eingeführt: Berichte zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Sie sind Teil unseres Projektes ANERKANNT und werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Doch auch im Bereich Migrationspolitik ge-

schieht in dieser Zeit sehr viel. Wir haben deshalb ab diesem Monat unseren Newsletter erweitert. Ab sofort ist jede Ausgabe eine Seite länger – so können wir umfassender berichten. Sie finden nun unser Titelthema auf der Seite 1, das Thema Anerkennung auf der Seite 2, Berichte zu Migrationspolitik und Arbeitswelt auf der Seite 3, News und Termine auf der Seite 4 und den Gastkommentar auf der 5. Über Rückmeldungen freuen wir uns.



ver.di: Lohnplus wegen Flüchtlingen

Ob in Kitas, Rathäusern oder im Migrations-Bundesamt – die Flüchtlingsankünfte haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gefordert. Auch deshalb verlangen die Gewerkschaften für sie nun höhere Löhne.

Ende März begannen Gewerkschaften und Arbeitgeber mit den Tarifverhandlungen für über zwei Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen. Verhandelt wird unter anderem das Gehalt von Erzieher_innen, Bundespolizist_innen und Mitarbeiter_innen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Gewerkschaften ver.di und der dbb fordern sechs Prozent mehr Lohn. ver.di-Chef Frank Bsirske sagte, gerade Kitas, Schulen

oder Polizei bräuchten zusätzlich Personal, um die gesellschaftlichen Aufgaben zu lösen. In der Flüchtlingskrise zeigten viele Kolleg_innen eine hohe Leistungsbereitschaft und erwarteten nun zu Recht, an der konjunkturellen Entwicklung teilhaben zu dürfen.

Die Arbeitgeber lehnen das ab und verwiesen ihrerseits auf die hohen Kosten der Flüchtlingsaufnahme. ver.di rechnet bei den Kommunen bis 2019 mit einem Steuerplus von 14,5 Prozent und beim Bund mit 15,1 Prozent höheren Steuereinnahmen. Allerdings erwartet sie wegen der Sozialausgaben für Flüchtlinge nur geringe Überschüsse der Städte und Gemeinden.

Derweil forderte Saarlunds Ministerpräsidentin und CDU-Präsidiumsmitglied Annegret Kramp-Karrenbauer die Bundesregierung auf, mehr Geld für die Bezahlung von Sprachlehrer_innen für Flüchtlinge bereitzustellen. „Wenn wir keine Lehrer mehr finden, weil einfach die Arbeitsbedingungen inakzeptabel sind, dann fällt das auf den Bund zurück. Der Bund steht hier in der Verantwortung. Wer bestellt, muss auch bezahlen“, sagte Kramp-Karrenbauer, die zugleich Präsidentin des Volkshochschulverbandes ist. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) verwies darauf, dass der Bund eine halbe Milliarde Euro ausbebe, „um Integrationskurse für möglichst viele zu öffnen“. Deshalb „muss man mit einer Erhöhung der Vergütung vorsichtig sein“.

Modell PUMA: Einwanderung nach Punkten

Testlauf in Baden-Württemberg: Die Bundesregierung erprobt ein neues Modell für die Einwanderung ausländischer Fachkräfte. Das an die kanadische Regelung angelehnte Verfahren basiert auf einem Punktesystem: Wer auf 100 kommt, darf nach Deutschland.

Das „punktebasierte Modell für ausländische Fachkräfte“ (PUMA) sei ein „Steuerungsinstrument für eine gezielte Zuwanderung“, so das Bundesarbeitsministerium. Qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten soll damit ab Herbst 2016 ein neuer

Zuwanderungsweg nach Baden-Württemberg eröffnet werden. „Unsere künftige Lebensqualität hängt entscheidend davon ab, wie viele Menschen in Deutschland arbeiten“, sagte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles dazu. Die „eigenen Potenziale“ zu mobilisieren reiche dazu nicht aus. „Deshalb testen wir nun einen neuen Weg, der sich in Kanada bereits bewährt hat.“

Im Rahmen des PUMA-Modells bekommt eine begrenzte Anzahl von Fachkräften mit einem qualifizierten Berufsabschluss für einen Zeitraum von drei

Jahren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Sie müssen dabei nicht für die so genannten Engpass- oder Mangelberufe qualifiziert sein, sofern sie bestimmte Kriterien zur „Integrationsfähigkeit“ erfüllen – etwa Sprachkenntnisse oder Voraufenthalte in Deutschland. Notwendig sind aber ein anerkannter Abschluss und ein konkretes Arbeitsplatzangebot. Zudem prüft die Bundesagentur, ob die Arbeitsbedingungen mit denen inländischer Beschäftigter vergleichbar sind.

Informationen zum PUMA-Projekt: <http://bit.ly/1UaX8Or>

EU-Bürger_innen: Mobilität ist oft prekär

Wie nutzen EU-Bürger_innen das Recht, in Deutschland zu arbeiten? Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) hat die Arbeitskräftemobilität untersucht. „Atypische“ Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu.

Insgesamt gab es 2012 etwa 1,5 Millionen mobile Beschäftigte aus den EU-Staaten in Deutschland. Die meisten stammen aus Polen, Rumänien und Bulgarien – Ländern, für die die Freizügigkeit lange

eingeschränkt war. Doch auch heute längst nicht alle finden sozialversicherungspflichtige Arbeit. „Die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit bietet keinen automatischen Schutz vor prekären Arbeitsverhältnissen“, schreiben die HBS-Forscher_innen. Allerdings konnte eine wachsende Zahl Beschäftigter aus diesen Ländern nach Aufhebung der Beschränkungen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse wechseln. Gleichzeitig hat die vorübergehende Entsendung nach Deutschland stark zugenommen.

Hauptbranchen sind die fleischverarbeitende Industrie und die Baubranche. Weil auch andere atypische Beschäftigungsformen wie Saisonarbeit und Soloselbstständigkeit zunehmen, müssten die rechtlichen Bedingungen so gestaltet werden, dass für alle Formen der Arbeitskräftemobilität ein ausreichender Arbeitsschutz sowie Informationen über die deutschen Tarifregeln gewährleistet ist.

<http://bit.ly/1TK07Nj>

Wer verdient Asyl?

Eine Studie hat untersucht, wie der Fluchtgrund die Einstellung der Deutschen zu Asylsuchenden beeinflusst. Auch nach dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen wollen über die Hälfte, dass Deutschland Menschen wegen ihrer „schlechten Wirtschaftssituation“ Asyl gewähren sollte.

Finden Sie, dass Deutschland dieser Person Asyl gewähren sollte? (Zustimmung in Prozent)

	Politische Verfolgung	Schlechte Wirtschaftssituation
Insgesamt	94 %	52 %
Universitätsabschluss	94 %	57 %
Berufsausbildung	93 %	58 %
keine Ausbildung	95 %	39 %

1.500 Befragte, Befragungszeitraum November und Dezember 2015. Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin 2016



News + Termine

Sanktionen für Flüchtlinge: Kritik vom DGB

Der DGB hat die Pläne für ein „Integrationsgesetz“ von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kritisiert. Die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen sei „nicht mit zusätzlichen Sanktionen und Wohnsitzauflagen“ zu erreichen, sagte das DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Statt sich Gedanken über Zwangsmaßnahmen zu machen, sollte de Maizière „lieber die Registrierung und Antragsbearbeitung – der Anfang jeden Integrationsprozesses“ – beschleunigen, so Buntenbach.

<http://bit.ly/1SHtjz>

Mindestlohn: Telefonische Beratung des DGB jetzt auch in Arabisch und Persisch

Was ist ein gesetzlicher Mindestlohn? Was ist ein Branchenmindestlohn? Welche Ausnahmen gibt es – und worauf habe ich Anspruch? Für diese und andere Fragen bietet der DGB eine Telefonberatung in arabischer und persischer Sprache an. Die Telefonberatung ist ab sofort dienstags zwischen 18 und 20 Uhr unter der Nummer 0160-95 81 86 50 erreichbar. Die Flugblätter zur Telefonberatung in vier Sprachen:

<http://bit.ly/1Ni3BzM>

Neue Studie: Rechte Propaganda wirkt, wo das Frauenbild rückständig ist

Häufig wird behauptet, dass die Wertevorstellungen von muslimischen Migranten und vor allem ihr Frauenbild nicht in Einklang mit den Vorstellungen in Westeuropa stehen. Rechtspopulistische Parteien stellen Migranten daher als sexuelle Bedrohung dar. Wie solche Darstellungen wirken, wurde jetzt vom Wissenschaftszentrum Berlin untersucht. Das Ergebnis: Wer Männer für das starke und Frauen für das zu beschützende Geschlecht hält, ist besonders empfänglich für rechte Propaganda über angeblich sexuell bedrohliche Fremde. Bei Betrachtern mit progressiveren Einstellungen zum Verhältnis von Mann und Frau hingegen können entsprechende Plakate zu entgegengesetzten Reaktionen führen: Sie nehmen Migranten vor der Unterstellung in Schutz.

<http://bit.ly/1SptpLI>

Umfrage: Was denkt die Bevölkerung über Geflüchtete?

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will eine schnelle Integration von Flüchtlingen. Gleichzeitig wächst die Angst, dass Asylbewerber eine Bedrohung für den Wohlstand darstellen könnten. Das zeigt eine Umfrage des „Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration“. Der SVR hat von März bis August 2015 und im Frühjahr 2016 die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland zu ihrer Einschätzung und Haltung zu Asylbewerbern befragt. Asylunterkünften in der Nachbarschaft steht nur eine Minderheit der Befragten skeptisch bis ablehnend gegenüber, allerdings vermuten über die Hälfte der Befragten, dass ihre Nachbarn eine Unterbringung von Asylbewer-

bern in der Wohngegend ablehnen.

Das „Integrationsbarometer“ des SVR: <http://bit.ly/1pavQdE>

Migration: Mehr Vornamen in Deutschland

Dass Zuwander_innen das Land Tag für Tag ein Stück vielfältiger machen, spiegelt sich auch in den Geburtsurkunden wider: Jedes Jahr werden in Deutschland rund 1.000 Vornamen eingetragen, die es hier vorher nicht gab. „Mit der Migration kommen neue Namen zu uns“, sagt Gabriele Rodríguez von der Namensberatungsstelle der Universität Leipzig der Nachrichtenagentur dpa. Im Laufe der Zeit verwischen die Grenzen: „Jasmin etwa ist ein persischer Name, der mittlerweile ganz normal als deutscher Name empfunden wird“, sagt Rodríguez.

www.namenberatung.eu

Flüchtlinge und Arbeitswelt: DGB Sachsen veröffentlicht Übersetzungsbuch mit Piktogrammen

Der DGB und seine Gewerkschaften in Sachsen haben zur Unterstützung von geflüchteten Menschen sowie Helfer_innen ein grafisches Übersetzungshandbuch veröffentlicht. Damit können sich geflüchtete Menschen etwa in der Unterkunft, beim Arzt, in Verwaltungen und im Betrieb leichter verständlich machen, indem sie auf Piktogramme zeigen.

Bestellungen: anna.bernstorff@dgb.de
www.sachsen.dgb.de

Die „Gelbe Hand“: Engagement der Jugend gegen Rassismus prämiert

Die Schüler_innen hatten eine klare Botschaft: „Ihr müsst eure Rechte kennen und diese verteidigen, wenn andere diese brechen“ – das war die Begründung der Jury des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“. Sie vergab den ersten Preis in diesem Jahr an das Berufskolleg in Opladen für das Filmprojekt „Die 30 Menschenrechte“. Am 21. März verlieh der gewerkschaftsnahe Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ Preise für Jugendprojekte zum Thema Rassismus. Gastgeber der Feier war der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke. „Es ist heute wichtig Haltung zu zeigen und klarzumachen: Rechtsradikalismus hat nicht die Mehrheit hinter sich“, sagte Woidke. Die Geschäftsführerin des Kumpelvereins, Klaudia Tietze, lobte die Preisträger_innen: „Ihr seid der stabile Kern unserer Demokratie. Euer Engagement macht unsere vielfältige Gesellschaft stark.“

Film des Siegerprojekts: <http://bit.ly/1VgGeOS>
Bericht Preisverleihung: <http://bit.ly/1Sa3X38>

Wettbewerb: „Integration von Geflüchteten durch berufliche Bildung“

Der Verein „Innovative Berufsbildung e.V.“ zeichnet Projekte und Initiativen aus, die Modelle zur Integration von Geflüchteten durch berufliche Bildung entwickelt haben. Antragsberechtigt sind Betriebe oder Verbünde von Betrieben, die die Integration von Geflüchteten durch berufliche Bildung – auch in Kooperation mit Be-

rufsschulen und anderen Bildungseinrichtungen – innovativ fördern. Der Hermann-Schmidt-Preis 2016 ist mit einem Preisgeld in Höhe von bis zu 3.000 Euro dotiert.

<http://bit.ly/1VJw9sM>

Bitte folgen: @ForumMigration

Das DGB Bildungswerk auf Twitter mit aktuellen Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 09. bis 10. September 2016

Teil II: 16. bis 17. September 2016

Veranstaltungsort: Leipzig

Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Nord

Teil I: 16. bis 17. September 2016

Teil II: 23. bis 24. September 2016

Veranstaltungsort: Hannover

Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Teil I: 23. bis 24. September 2016

Teil II: 30. September bis 01. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Mainz

Bayern

Teil I: 10. bis 11. Juni 2016

Teil II: 17. bis 18. Juni 2016

Veranstaltungsort: München

Baden-Württemberg

Teil I: 07. bis 08. Oktober 2016

Teil II: 14. bis 15. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Stuttgart

Weiterbildung für Betriebliche Fachkräfte ANERKENNUNG

11. Mai 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

19. bis 24. Juni 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

18. bis 23. September 2016

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

23. bis 28. Oktober 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Teil I: 10. bis 12. November 2016

Veranstaltungsort: Hamburg

Teil II: 17. bis 19. November 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Solidarität, kein Paternalismus



© Nzitu Mawakha

Kommentar von Sunny Omweneke, The Voice Refugee Forum

Kein Zweifel: Die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hohe Zahl an Asylbewerber_innen in Deutschland in den letzten zwei Jahren und die vorgeblich freundliche, großzügige Öffnung der Grenzen durch Kanzlerin Angela Merkel haben das Bild dieses Landes verändert. Vielen Flüchtlingen, die vor Krieg und Unsicherheit fliehen, gilt es nun als einladende Oase. Die Bilder der deutschen Bürger_innen, die an den Bahnhöfen standen, um die neuen Flüchtlinge mit Wasserflaschen und Snacks zu begrüßen, haben dieses Bild des „Willkommenseins“ verstärkt.

Gleichzeitig sind im Inland unzählige lokale „Refugees Welcome“-Initiativen entstanden. In nahezu allen Städten und Gemeinden unterstützen sie heute die neuen Flüchtlinge. Wirtschaftsführer drängen die Regierung, die Grenzen weiter für Flüchtlinge offenzuhalten. Selbst konservative Politiker, die traditionell gegen Flüchtlinge sind, konnten sich der „Refugees Welcome“-Faszination nicht entziehen. Auch sie begannen Willkommenslieder zu singen – es war einfach zu verlockend. In Fußballstadien haben „Refugees Welcome“-Banner plötzlich die oft rassistischen, machohaften und homophoben Gesänge ersetzt. Es schien, als habe der plötzliche Drang, Flüchtlinge willkommen zu heißen, das ganze Land verändert.

Doch gleichzeitig blieb ein harter Kern der Bevölkerung bei seinen alten Überzeugungen: Die einen griffen im ganzen Land Flüchtlingsheime an und legten Brände, die anderen applaudierten diesem Tun. Dies ist das Rätsel, das das neue Deutschland mit seiner neuen „Willkommenskultur“ aufgibt. Was für eine Veränderung!

Um es klar zu sagen: Natürlich ziehe ich diese ambivalente Willkommenskultur der vorherrschenden „Ausländer raus“-Stimmung der frühen 1990er-Jahre vor. Doch erinnern wir uns trotzdem an einige Dinge. Die Behörden haben die Bevölkerung konsequent als Asylbetrüger und Wirtschaftsflüchtlinge dargestellt. Über 20 Jahre wurden sie in diesem Land als Unerwünschte behandelt und dämonisiert. Sie wurden unmenschlichen Lebensbedingungen unterworfen um sie wieder aus dem Land zu drängen, diskriminierende Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht wurden für sie geschaffen. Flüchtlinge wurden bewusst isoliert. Und sie wurden kriminalisiert, wenn sie es wagten, von ihrem Recht auf Bewegungsfreiheit Gebrauch zu machen. So haben die Behörden Ängste genährt und angefacht. Und deshalb sah auch die Bevölkerung Flüchtlinge vor allem als die, die nicht erwünscht sind und nicht hier sein sollten.

Dann kam die Willkommenskultur. Doch der Mangel an Reflexion in dieser aufkeimenden Kultur ist, gelinde gesagt, äußerst rätselhaft. Denn unter dieser neuen Kultur haben bestimmte Überzeugungen und Einstellungen sich erhalten. Sie sind wie alte Gewohnheiten: Sie sind nur schwer abulegen. So erwarten viele heute, dass die Flüchtlinge, die in einem Zelt oder einer Sporthalle leben, dankbar dafür sind, dass ihnen keine Bomben mehr auf den Kopf fallen. Sie schelten die Flüchtlinge, wenn sie sich über die Aufnahmebedingungen beklagen. Doch dabei nehmen sie sich kaum eine Minute, um darüber nachzudenken, woher die fallenden Bomben stammen. Als Flüchtlinge sind wir immer unter dem Motto: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ auf die Straße gegangen. Und es kann heute kein Zweifel daran bestehen, wie richtig dieser Slogan ist.

Doch statt sich über solche Zusammenhänge Gedanken zu machen, gibt es Selbstzufriedenheit und Eigenlob in vielen der Begrüßungsinitiativen. Sie fühlen sich wohl dabei, Second-Hand-Kleidung und Schuhe für die „armen Flüchtlinge“ zu sammeln, auch wenn das meiste davon in Recyclingzentren endet. Die meisten kritischen linken Stimmen, die traditionell Flüchtlinge unterstützen, sind still geworden. Sie haben sich von der Willkommenskultur einsaugen lassen und waren zu einem Teil davon geworden. Daran änderten sie auch dann nichts, als die Regierung neue Gesetze beschloss, um Flüchtlinge ohne Ankündigung oder auch bei laufender medizinischer Behandlung oder schwerer psychischer Erkrankung abschieben zu können.

Die Oberflächlichkeit der Willkommenskultur hat sich etwa an den Ereignissen in der Neujahrsnacht in Köln gezeigt: Innerhalb von wenigen Stunden,

verwandelten sich zuvor „willkommen geheißen“ Flüchtlinge in Parias. Eine ganze Gruppe von Menschen wurde erneut zu Unerwünschten.

Bevor wir uns auf die Schultern klopfen, sollten wir uns daran erinnern, dass es um Gerechtigkeit geht, und nicht um Philanthropie. Die politische Flüchtlingsbewegung fordert Solidarität und Empathie, nicht Bevormundung und auch keine Politik, die nur das ungerechte System in der Welt reproduziert.

Der Autor kam 1998 aus Nigeria nach Deutschland. Er initiierte eine Kampagne gegen die Residenzpflicht und ging 2004 ins Gefängnis, weil er sich weigerte, wegen Verstoßes gegen diese Bestimmung eine Geldstrafe zu zahlen. 2004 klagte er in Karlsruhe, 2007 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Residenzpflicht. Er ist Aktivist des The Voice Refugee Forum und der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen, den ältesten bundesweiten Flüchtlings-Selbstorganisationen. 2010 promovierte er in Großbritannien über die Wirksamkeit politischer Kampagnen. Heute lebt er in Bremen und arbeitet als Flüchtlingsnetworker.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

